

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. Einzelhefte 1,50 RM. Zusätzlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Bestellungen und Postwechselungen, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht die Möglichkeit der Verzögerung der Lieferung oder der Abnahme des Bezugspreises. Rücksendung eingekaufter Hefen erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wilsdruffer Tagesblatt: Die 4-spaltige Raumzeitung 20 Kpf., die 4-spaltige Beilage der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3-spaltige Beilage der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichspfennige. Wilsdruffer Tagesblatt: Die 4-spaltige Raumzeitung 20 Kpf., die 4-spaltige Beilage der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3-spaltige Beilage der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichspfennige. Wilsdruffer Tagesblatt: Die 4-spaltige Raumzeitung 20 Kpf., die 4-spaltige Beilage der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3-spaltige Beilage der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichspfennige.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 300 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postbez.: Dresden 2641 Freitag, den 23. Dezember 1932

Ein Weihnachtsgeschenk.

Zimmer wieder sind Ankäufe gemacht worden, um die sozialistische — nicht etwa bloß wirtschaftliche — Hauptaufgabe unserer Zeit anzupacken: die Arbeitsbeschaffung. Alle von der Krise und Arbeitslosigkeit gepackten Staaten und Völker versuchten und versuchen es, unter Einsatz aller nur verfügbaren Kräfte die Arbeitslosen „von der Straße wegzubringen“. Man weiß, daß es sich dabei sehr oft nicht um Arbeit handeln wird, die sich nicht unmittelbar, sondern erst mittelbar rentiert, — aber zum mindesten das letztere muß sie tun, denn Arbeit ohne einen wirtschaftlichen Zweck ist keine Arbeit, sondern „Beschäftigung“, die auch keinen sozialistischen Wert besitzt. Grad und Stärke der wirtschaftlichen Erzeugung ist abhängig von der Nachfrage. Diese freilich kommt nicht für jene wirtschaftlichen Arbeiten in Betracht, die überall als Gegenstand der Arbeitsbeschaffung ins Auge gefaßt wurden und werden. Aber in zahllosen Fällen dienen sie der Erhaltung, Vereinfachung oder gar Verbilligung z. B. der industriellen Erzeugung. Eine nicht mehr benutzbare Brücke, ein lange nicht mehr ausgebessertes Weg, schlecht oder gar nicht mehr reparierte Häuser und noch vieles Derartige bedeutet letzten Endes immer Unkosten für den noch wirtschaftenden Teil des Volkes. Das alles wiederherzustellen heißt ebenso Unkosten ersparen wie andererseits einen neuen notwendigen Weg, eine neue, Umwege ersparende Brücke zu bauen. Daß hierin der wirtschaftlich vernünftige Bedarf geradezu ins Ungeheuerliche angewachsen ist, beweisen allein schon z. B. zahlreiche Bauten, die trotz dringender Notwendigkeit aus Mangel an Mitteln stillgelegt werden mußten und damit wirtschaftlich zwecklos wurden. Werden sie fertiggestellt und können sie dann ihrem Zweck dienen, dann dürfte auch ihre „Rentabilität“ gesichert sein. Und damit ist auch die Voraussetzung dafür gegeben, daß der zur Fertigstellung gewährte Kredit „wirtschaftlich“, also rentabel angelegt wird. Ebenso ist es mit der Ausbesserung von Straßen, Brücken und Häusern; denn überall liegt hierfür ein wirtschaftlich geradezu schreiender Bedarf vor. Das weiß jeder und jede in deutschen Ländern.

Diesen Bedarf im einzelnen festzustellen und ihn durch Arbeit zu befriedigen, ist natürlich auch die Absicht des Arbeitsbeschaffungsprogramms der neuen Reichsregierung; die aber dabei an bereits bestehende, leider jedoch erst zu einem recht geringen Teil in Ausführung begriffene Vorhaben anknüpft. Ein bestimmter Abschnitt dieser früheren Programme ist allerdings überraschend schnell aus- und durchgeführt worden: die Verwendung eines 50-Millionen-Kredits für Hausreparaturen. Da hierbei nur ein Fünftel der benötigten Summe als Kredit vom Reich zur Verfügung gestellt wurde, ergibt sich, daß für solche Reparaturen schon 250 Millionen verwendet werden. Im neuen Programm sind für diesen Zweck und unter der gleichen Bedingung wiederum 50 Millionen Kredit vorgesehen, und das würde zusammengefaßt bedeuten, daß 500 Millionen Mark in Hausreparaturen gesteckt werden. Das würde eine sehr merkbare „Anturbelung“ allein schon des schwer darniederliegenden Baugewerbes herbeiführen, aber auch auf zahlreiche andere Gewerbe und Wirtschaftszweige zurückwirken, die mit der äußeren oder inneren Ausstattung des Hauses irgendwieweise zu tun haben.

Dieses Beispiel aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm ist aber deswegen ausgewählt, weil gleich und noch daran erinnert werden soll, was der Reichskanzler von Schleier in seiner Rundfunkrede, also seiner Regierungserklärung, sagte: Die Vergabung der Arbeiter an Unternehmer ist der Ausführung in eigener Regie vorzuziehen. Ähnlich hat sich auch der Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung in seiner programmatischen Erklärung geäußert und dabei noch besonders hervor gehoben, daß die Durchführung des öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms keineswegs als etwas gegen die Privatwirtschaft Gerichtetes angesehen werden dürfe. Man möchte wünschen, daß diese Ausschaltung der „Regiebetriebe“, also der Unternehmungen der öffentlichen Hand grundsätzlich erfolgt; denn darzustellen, was diese Betriebe wirtschaftlich gefördert haben, würde ganze Bände füllen. Die Steuerzahler müssen hinterher die Buße dafür entrichten, und wenn wiederholt von „oben“ her erklärt wird, daß bei der Arbeitsbeschaffung unbedingt jeder Kapitalverschleppung und jede falsche Kreditinvestition vermieden werden müßte, so möchte man zwar hoffen, daß dies geschieht; aber man kann noch nicht ganz ohne jeden Zweifel daran auch überzeugt sein: denn die öffentliche Hand ist finanziell eine sehr unglückliche Hand.

Gewiß muß durch sie die Vergabung der Arbeiter unter dem Gesichtspunkt der größtmöglichen Billigkeit erfolgen und beim heutigen Tiefstand der Beschäftigung in der Privatwirtschaft wird ein wahres Wettrennen der Unternehmer um die Vereinnahmung von Aufträgen entstehen müssen. Es wird an „Submissionsblüten“ nicht fehlen, aber das „Arbeit um jeden Preis“ hat eine Grenze an dem anderen Wort, daß jede Arbeit auch ihres Lohnes wert sein muß. Denn sonst ist sie wirtschaftlich zwecklos, beschafft für den Augenblick vielleicht Arbeit, aber führt dann zu noch tieferem Fall.

Einem ersten Teil der jetzigen Arbeitsbeschaffungspläne ist die drastische Bezeichnung „Sofort“

Die Landwirtschaft an der Jahreswende

Der Reichsernährungsminister Freiherr v. Braun gab im Rundfunk einen Rückblick über die Agrarpolitik des vergangenen Jahres, und stellte gleichzeitig die Ziele klar, die im kommenden Jahre erarbeitet werden müssen. Freiherr v. Braun betonte in seiner Ansprache u. a.:

Die Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft konnte im Jahre 1932 nicht erreicht werden. Gerade in den typisch bäuerlichen Gebieten des Bestens, Südwestens und Nordens, deren Schicksal auf das engste mit dem Geschehen der Vieh- und Milchviehwirtschaft verbunden ist, hat sich die Lage ausgesprochen verschlechtert. Die Verkaufserlöse der Vieh- und Milchviehwirtschaft waren im letzten Jahre um mehr als zwei Milliarden Mark niedriger als im Wirtschaftsjahr 1928/29. Diese Zahlen im Zusammenhang mit der wachsenden Verschuldung, der Zunahme der Zwangsversteigerungen, einer nennenswerten Verminderung der Düngemittelbezüge sprechen eine berebete Sprache.

Nach einem Rückblick auf die wichtigsten landwirtschaftlichen Ergebnisse des Jahres 1932 betonte der Reichsernährungsminister zu den Aufgaben einer gesunden Handelspolitik übergehend: Wir werden — wie ich hoffe — durch die in letzter Zeit erfolgte Kündigung mehrerer Handelsverträge mit anderen Ländern die Lösung unerträglicher Zollbindungen

der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse erreichen und durch autonome Zollgestaltung und andere geeignete handelspolitische Maßnahmen den Preisdruck der vom Weltmarkt nach Deutschland zu niedrigsten Preisen hereinströmenden landwirtschaftlichen Produkte auffangen.

Wir wollen weiter dafür eintreten, daß der Deutsche nach Möglichkeit inländische Produkte verbraucht und sie den ausländischen vorgeht.

Freiherr v. Braun befahte sich dann eingehend mit den mannigfaltigen Maßnahmen zur Sicherung einer Wiedergenesung der Landwirtschaft. Im einzelnen betonte er dazu u. a.:

Zweifellos könne aus dem Gebiete der binnenwirtschaftlichen Organisation z. B. bei dem Viehabsatz noch manches erreicht werden. Die Viehverwertungsvereinigungen hätten zwar in den letzten Jahren stark an Boden gewonnen, von einer Beherrschung des Marktes könne jedoch bisher wohl nicht die Rede sein. Es sei auch nicht möglich, das österreichische Viehverkehrsgebiet ohne weiteres auf die deutsche Viehwirtschaft zu übertragen. Theoretisch erscheine es außerordentlich einleuchtend, die Viehpreise durch eine staatliche Regulierung des Auftriebs aus den Viehmärkten zu beeinflussen. Man dürfe nicht vergessen, daß dieses System der Auftriebsbewilligungen in Österreich lediglich deshalb funktioniere, weil für den österreichischen Viehabsatz im wesentlichen nur ein einziger Markt, nämlich Wien, in Frage komme. Außerdem stammten die Anlieferungen für den Wiener Viehmarkt zum größten Teil nicht aus dem Inlande. In Deutschland handelt es sich aber nicht um einen Markt, sondern um 20 bis 30 Viehmärkte,

deren Auftrieb reguliert werden müßte. Das bedeutet eine außerordentlich heikle der praktischen Schwierigkeiten bei der Durchführung der Auftriebsregulierung.

programm“ gegeben worden. Dieser Name ist aber nicht neu! Und das beste Weihnachtsgeschenk — auch wenn es erst nachträglich kommt — für das deutsche Volk und die Millionencharen seiner Arbeitslosen wäre, wenn anders wie früher diesmal aus dem Worte eine — Wirklichkeit wird.

Die Arbeitsbeschaffungspläne der Reichsregierung.

Der Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, äußerte sich vor Pressevertretern über seine Arbeitsbeschaffungspläne. Da die Verhandlungen über die Gestaltung dieser Pläne noch andauern, mußte Dr. Gereke Einzelheiten noch zurückstellen. Dr. Gereke stellte eingangs fest, daß es nicht in seiner Absicht liege, eine große Behörde zu schaffen. Vielmehr solle mit einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Mitarbeitern gearbeitet werden, um zunächst das öffentliche Arbeitsprogramm mit größter Beschleunigung durchzuführen zu können. Es handele sich hierbei im wesentlichen um eine Ergänzung der von der Regierung bereits in Angriff genommenen Maßnahmen.

Auf Grund der Verhandlungen mit der Reichsbank lasse sich sagen, daß sich das Sofortprogramm im Rahmen der von Reichsbankpräsident Luthner in seiner Münchener Rede enthaltenen Ausführungen über die Kreditausweitungsmöglichkeiten bis zu 2,7 Milliarden halten werde. Innerhalb dieses Rahmens werde das

was neueste Rezept, das in der Agrarpolitik Eingang gefunden habe, sei das der Kartellierung. Man will das, was sich in der industriellen Produktion bewährt hat, auch auf die Landwirtschaft übertragen. Praktisch dürfte jedoch eine

Kartellierung der landwirtschaftlichen Produktion schon an der Fülle der Betriebe scheitern. Man könne für örtlich begrenzte Gebiete oder auch bei dem einen oder anderen Produkt — wie z. B. im Milchgeschäft — Kartelle schaffen, aber es sei unmöglich, dies für die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung — das sind fünf Millionen bäuerliche Betriebe — durchzuführen.

Es gebe deshalb mehr, wie beispielsweise beim Getreidebau, keine andere Möglichkeit der Beeinflussung des Produktionsumfanges als über den Preis.

Der Preis sei das natürliche Steuerungsmittel für eine Produktion. Er werde im nächsten Jahre, wenn die Landwirtschaft sich nicht von sich aus bei der Frühjahrsoberstellung große Zurückhaltung im Getreidebau auferlegt, auf weitere Sicht gesehen, die Produktionsbeschränkung beim Getreide erzwingen.

Als weiteres wird der Landwirtschaft Unkostenentlastung empfohlen. Leider sind

die Möglichkeiten der Unkostenentlastung für den einzelnen außerordentlich begrenzt; denn Steuern, Soziallasten, die Preise für industrielle Bedarfsartikel, Zinsen, Löhne, das alles sind Faktoren, die von dem einzelnen Landwirt nicht beeinflusst werden können. Und doch muß ein Ausgleich zwischen den Produktionskosten der Landwirtschaft und den Preisen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse geschaffen werden. Die Verpflichtung, an diesem Punkte mit aller Kraft zu arbeiten, besteht nicht nur für den Staat, sondern auch für die Wirtschaft selbst. Richtig ist es, daß

die Kaufkraft des Städters beim Absatz der landwirtschaftlichen Produkte heute eine sehr wichtige Rolle spielt. Kein Bauer darf außer acht lassen, daß in den Städten fünf bis sechs Millionen Arbeitslose monatlich einen Unterstützungssatz von weniger als 50 Reichsmark beziehen. Auch die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der noch in Arbeit befindlichen städtischen Bevölkerung haben sich äußerst verschlechtert.

Die Aktion der Reichsregierung zur Winterhilfe mit einem Gesamtaufwand von 37 bis 38 Millionen Mark stellt hier einen Schritt dar. Sie eröffnet für Fleisch, Brot, Milch usw. durch die Verbilligung mit Reichsmitteln Absatzmöglichkeiten, die ohne die Verbilligung durch Reichszuschüsse einfach nicht vorhanden wären.

Eine organische Agrarpolitik ohne Schlagworte ist der Weg, der gegangen werden muß. Es gilt nicht, wirtschaftliche Theorien durchzuführen und zu verwirklichen, sondern es gilt, „das wirtschaftlich Vernünftige zu tun“.

Mancherlei Hoffnungen hat die deutsche Landwirtschaft — wie jeder deutsche Mensch — in den letzten Jahren begraben. Aber was auch immer versank, mit Willen und Glauben kann der Mensch auch des härtesten Schicksals Meister werden. Und so sollten alle, die deutsches Korn bauen und deutsches Brot brechen, einander nicht als Gegner, sondern als Weggenossen betrachten, die zusammengehalten werden durch gemeinsames Blut und durch deutschen Boden.

Sofortprogramm“ durchgeführt werden. Für die ersten Maßnahmen komme ein Betrag von rund 500 Millionen Mark in Frage. Über die Beschaffung dieser 500 Millionen Mark soll nach Abschluß der zur Zeit noch laufenden Verhandlungen noch vor Weihnachten Mitteilung gemacht werden. Dr. Gereke erklärte dann weiter, daß er sich von dem

Grundsatz der Dezentralisation leiten lassen werde. Die Kredite würden unter besonders günstigen Bedingungen auf Antrag gegeben werden. Für die Auszahlung der Kredite kommen in Frage erstens die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und zweitens die Rentenbankkreditanstalt.

Dr. Gereke hofft, daß sich der Finanzengpaß so beschleunigen lasse, daß höchstwahrscheinlich schon im Januar die Aufträge an die Unternehmer erteilt werden könnten. Besonders Wert legt der Reichskommissar darauf, daß schnelle Arbeit geleistet werde, für die in erster Linie die bisher aus finanziellen Rücksichten liegengebliebenen Arbeiten in Frage kämen.

Auf dem Gebiete der Hausreparaturen seien seinerzeit vom Reichsarbeitsministerium bereits 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, was eigentlich das Fünftel bedeute, wenn man bedenke, daß 80 Prozent der Hausreparaturen der Hauseigentümer selbst tragen müßte. Darüber hinaus sollen jetzt insbesondere für die Innenreparaturen weitere 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Als ein weiteres Beispiel für die Möglichkeiten der öffentlichen Arbeitsbeschaffung bezeichnete Dr. Gereke die